

2866/J XX.GP

der Abgeordneten Kier, Stoisits, Kolleginnen und Kollegen
an den Bundesminister für Wissenschaft und Verkehr
betreffend Menschenrechte in Österreich

Menschenrechte sind ein wichtiger Garant für Stabilität, Frieden und Wohlstand eines Landes.

Österreich hat im Bereich des Internationalen Menschenrechtsschutzes einen guten Ruf zu verteidigen und setzt sich in den betreffenden internationalen Organisationen, wie etwa in den Vereinten Nationen, im Europarat, in der OSZE und nun hoffentlich auch verstärkt in der EU für dessen ständige Verbesserung ein. Jüngste Beispiele sind Aktivitäten im Bereich des Minderheitenschutzes. Österreich hat auch im Juni 1993 die Weltmensenrechtskonferenz ausgerichtet und wird sich für die geplante Nachfolgekonzferenz 1998 bewerben.

Allerdings könnte der Einsatz für Menschenrechte seitens Österreich durchaus noch viel aktiver und konkreter sein, wenn man etwa berücksichtigt, daß die Bundesregierung noch keinen Aktionsplan zur Umsetzung der Beschlüsse der Konferenz von 1993 vorgelegt hat oder für die Menschenrechtsprogramme bzw. Spendenfonds der Vereinten Nationen im Vergleich zu anderen EU-Partnern unterdurchschnittliche finanzielle Beiträge leistet. Weiters werden einige Berichte an UN-Ausschüsse betreffend die Umsetzung verschiedener Vorhaben, zu denen Österreich verpflichtet ist, nicht abgeliefert. Und schließlich sind auch im innerstaatlichen Bereich noch zahlreiche Maßnahmen einzufordern - betreffend die Lage der Volksgruppen bis hin zum Rechtsschutz für Ausländer -, wie jüngst die „Österreichische Liga für Menschenrechte“ in ihrem „Menschenrechtlichen Befund für Österreich 1996“ anlässlich des internationalen Tages der Menschenrechte festhielt. In einem Gespräch mit den Menschenrechtssprecher/innen der fünf im Parlament vertretenen Parteien, einen Vertreter der Caritas, von SOS-Mitmensch und von Amnesty International wurden Hintergrundinformationen und ein Appell zur Verwirklichung einer aktiven Menschenrechtspolitik vorgelegt.

Im Sinne dieses Appells stellen daher die unterfertigten Abgeordneten folgende Anfrage:

1. Werden Sie die entsprechenden Maßnahmen setzen, daß an den Universitäten Institute für Menschenrechte eingerichtet und mehr finanzielle Mittel für die Forschung, Lehre und Dokumentation auf dem Gebiet der Menschenrechte zur Verfügung gestellt wird?
2. Wenn ja, bis wann und in welcher Art und Weise werden Sie dafür sorgen?
3. Wenn nein, warum nicht?
4. Werden Sie sich dafür einsetzen, daß zur Verminderung von Fremdenfeindlichkeit und Rassismus Toleranz und Mitmenschlichkeit auch in Österreich wieder Platz greift und dabei insbesondere die Bemühungen des Europarates, der EU, der OSZE und der UNO unterstützen?
5. Wenn ja, in welcher Form?
6. Wenn nein, warum nicht?
7. Werden Sie sich dafür einsetzen, daß bei der Aus- und Fortbildung der BHS-, AHS- und PflichtschullehrerInnen der Menschenrechtserziehung ein ausreichender und ständiger Platz eingeräumt wird?